

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/108: 01.01.2002 – 09.12.2002

2002

Sklaverei ist ein elendes Handwerk.

Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)

01.01.2002

Belgien: Das Euro-Bargeld wird am 1. Januar 2002 in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

05.01.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 5. Januar 2002 (x887/...):

>>>**Was ist ein Defekt am "Interface"?**

Vom löblichen Versuch, die deutsche Sprache zu erhalten und sie unserem Zeitalter anzupassen

Die Mark ist weg, der EURO ist da. Er kam auf Englisch, im "Starter-Kit", und wurde in deutschsprachigen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern als "our new money" begrüßt. Geht es der deutschen Sprache bald genauso wie der Mark, ist sie auch bald Vergangenheit? Dies zu verhindern war erklärter Zweck der Verleihung des Jacob-Grimm-Preises an den Schriftsteller Rolf Hochhuth ... Wilfried Böhm, Autor des Beitrags "Von Grimm bis Hochhuth", trägt nachfolgend wesentliche Passagen aus den Reden bei der Preisverleihung zusammen:

... "Rolf Hochhuth (ist) in Rede und Schrift nicht müde geworden, kompromißlos für die deutsche Sprache zu streiten", sagte der Tübinger Literaturwissenschaftler und Publizist Gert Ueding in seiner Laudatio für Hochhuth. Um ihren Bestand sei diesem "am meisten angst", wie der Dramatiker selbst einmal bekannt habe. "Im Sprachimperialismus des Englischen sieht Hochhuth ... denn auch weit mehr als eine bloße Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs". Sprache sei Politik, habe Hochhuth unmißverständlich festgehalten.

Ueding zitierte dessen Credo: "Gegen die weltweit marschierende Globalisierung gibt es keine eindringlichere Warnung als die babylonische Sprachvielfalt: Wir Menschen sollten nicht zur Vereinigung aller kommen wollen, zum Einheitsstaat, zur Universalsprache. Es geht um diese Ein-Reich-ein-Slang-Schwärmerei, die unserer Epoche ... das Hirn lähmt."

Ueding beklagt: "Noch nie haben Journalisten so schludrig geschrieben, haben Politiker seichter und ungeschliffener geredet, ist unsere Sprache an deutschen Schulen mehr vernachlässigt worden als heute."

Hochhuths Wirken hingegen sei von dialogischer und rednerischer Prägung. "Der entschlossene Griff in die Zeit, die aktuelle Stellungnahme, der kämpferische Ton sind (Hochhuths) Dramen und Essays und vielen seiner Erzählungen und Gedichte eigen, machen sie zu erratischen Stolpersteinen unseres glattfrisierten kulturellen Lebens. Mit seinem unerschrockenen, konsequenten Engagement zeigt sich ein kämpferischer Aufklärer von großem Format."

Walter Krämer (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Vereins Deutsche Sprache): "Wer keine Sätze bauen kann, kann bald keine Autos mehr bauen."

Der Institutionenpreis Deutsche Sprache sei ausgelobt "für Einrichtungen und Firmen, die sich im Alltag von Wirtschaft, Politik oder Verwaltung um ein klares und verständliches Deutsch bemühen und gezeigt haben, daß man deutsche Sprache auch dort flexibel, klar und ohne Verrenkungen verwenden kann", erklärte der Vorsitzende des Vereins Deutsche Sprache e.V. Walter Krämer in seiner Laudatio auf die Fachzeitschrift "Computer Bild", erste Trägerin dieses Preises.

Einen Satz wie "In der Pipeline ist das upgrade eines Kalibrationskits für proofscreen Monitore und als highlight eine digitizer für CAD-application", wie in anderen Computer-Fachzeitschriften, finde man in Computer-Bild nicht. Man empfinde es beim Blick auf das Angebot in diesem Bereich fast schon eine Erlösung, auf eine Zeitschrift zu stoßen, wo der Drucker kein Printer sei, wo es Schnittstellen und keine Interfaces gebe und Spiele Spiele heißen und nicht games, wo headsets zu Kopfhörern und Pixel zu Bildpunkten werden."

"Computer Bild" verzichte auf das lächerliche Imponiergehabe seiner Konkurrenz, das vor allem dazu diene, sich selbst auf ein hohes Roß zu setzen und die Leser einzuschüchtern.

Krämer zitierte Professor Joseph Weizenbaum von der Harvard-Universität, einen der weltweit angesehensten EDV-Experten, der heute wieder in Berlin lebt, von wo er in den dreißiger Jahren nach Amerika geflohen war. Weizenbaum beklagte die Vermanschung des Deutschen mit dem Englischen, die gefährlich sei, weil darin einer der Gründe für den relativen Rückstand der deutschen gegenüber der US-Computerwirtschaft liege. Weizenbaum: "Jeder Mensch denkt in seiner eigenen Sprache mit den ihr eigenen Nuancen. Die Sucht vieler Deutscher nach englischen Brocken erzeugt dagegen Spracharmut, Sprachgulasch. Ideen können so nicht entstehen."

Krämer stellte fest: "Sprache ist ein Produktionsfaktor, und diesen Faktor optimal zu nutzen, gelingt den meisten Menschen nur in ihrer Muttersprache." Wer keine Sätze bauen kann, der könne auch bald keine Autos mehr bauen. "50 Milliarden Mark habe die Daimler-Chrysler seit der Einführung von Englisch als Konzernsprache "in den Sand gesetzt". Krämer warnte vor der Sprache BSE (Bad Simple English). Sein Zeuge: Wendelin Wiedeking, der Vorstandsvorsitzende der Porsche AG: "Wenn Englisch oder Französisch die Konzernsprache ist, benachteiligt man automatisch alle, für die dies nicht die Muttersprache ist." Deshalb redeten die Ingenieure bei Porsche weiter Deutsch ...

Krämer schloß, "Computer Bild" werde geehrt, weil sie sich um die deutsche Sprache und um unser Sozialprodukt verdient gemacht habe.

Harald Kuppek (Chefredakteur der Zeitschrift "Computer Bild"): "Verantwortungsvoller Umgang mit Fremdwörtern"

"Wir sehen es als unsere Aufgabe an, englische Fachausdrücke einzudeutschen, aber nur, wenn es wirklich Sinn macht." Mit diesen Worten beschrieb Chefredakteur Harald Kuppek in seiner Dankesrede die Aufgabe, die sich "Computer Bild" gestellt habe. Durch allzu viele englische Fachausdrücke würden sowohl sehr junge als auch ältere Leser ausgegrenzt, aber auch viele Bundesbürger aus den neuen Ländern, die in ihrer Schulzeit keinen Englischunterricht hatten.

Deutsch-englische Wortphrasenadditionen führten unweigerlich zu einem Kauderwelsch. Wer es gebrauchte und sich obendrein geschäftig gebe, versuche mit sprachlichen Verrenkungen "kompetent und wichtig" zu erscheinen. Wenn seine Zeitschrift Fremdwörter gebrauchte, würden sie sofort erklärt. "Geht es um E-Mails, bezeichnen wir diese im folgenden Nebensatz als "Elektronische Post" und das Internet erhält den Zusatz "Weltweites Datennetz". Für englische Fremdwörter, an denen man nicht vorbeikomme, würde die korrekte phonetische Aussprache mitgeliefert. Die Leser sollten sich in der verwirrenden Computerwelt besser zurechtfinden. Denn das Wichtigste für uns ist, so zu schreiben, daß der Leser uns versteht."

Stolz berichtete Kuppek, daß dieses Bemühen um sprachliche Einfachheit ein wesentlicher

Erfolgsfaktor sei. Seine Zeitung sei Europas größte Computerzeitschrift und verkaufe an deutschen Kiosken deutlich mehr Exemplare als Stern, Spiegel oder Focus. Der "Kulturpreis deutsche Sprache" mache die Redaktion stolz und "motiviert uns für unser tägliches Tun". <<

12.01.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 12. Januar 2002 (x887/...): >>"Es grenzt an eine Lüge"

Interview: Auch der renommierte US-Historiker Alfred de Zayas übt harsche Kritik an der neuen Reemtsma-Ausstellung

(DLF-Magazin): Herr Professor de Zayas, wie erklären Sie sich die jahrelange Akzeptanz der Reemtsma-Ausstellung in den 90er Jahren, der doch zum Beispiel Altbundespräsident Richard von Weizsäcker frühzeitig vorwarf, ein Pauschalurteil gefällt zu haben, das historisch, moralisch und menschlich nicht aufrechtzuerhalten sei?

Zayas: Ich wundere mich auch, aber der Zeitgeist in Deutschland bringt halt merkwürdige Blüten hervor. Sie werden sich erinnern, nicht nur Richard von Weizsäcker, sondern auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt war sehr kritisch, und eine ganze Reihe Wissenschaftler. Bemerkenswert ist ja, daß seriöse Historiker die fundamentalen methodologischen Fehler bereits im Jahre '96 identifiziert hatten. Ich brauche bloß auf die Bilder hinzuweisen, die vermeintliche Opfer der Wehrmacht zeigten und in Wirklichkeit NKWD-Opfer darstellten. Und darauf haben mehrere Historiker schon 1996 und 1997 hingewiesen. ... Erst als nach über vier Jahren der polnische Historiker Bogdan Musial und sein ungarischer Kollege Kristian Ungváry in wissenschaftlichen Beiträgen diverse Fehler und unrichtige Legendierungen dokumentierten, wurde diese unseriöse Tendenzschau endlich zurückgezogen.

(DLF-Magazin): Wenn wir jetzt uns von der alten Wehrmachtsausstellung Nr. eins einmal der ... neu eröffneten Wehrmachtsausstellung Nr. zwei zuwenden: Von welchem wissenschaftlichen Ethos und von welchem Erkenntnisinteresse müßte Ihrer Ansicht nach eine Ausstellung über das Verhalten der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion der Jahre '41 bis '45 ausgehen?

Zayas: Die Konzeption müßte allumfassend und, ich möchte sagen, interdisziplinär sein. Es geht - freilich nicht nur - um Militärgeschichte, um Gefechtsstrategien oder Taktiken oder Schlachtenforschung. Es geht vielmehr um den politischen Zusammenhang und vor allem um die juristische, völkerrechtliche Einordnung. Man muß begreifen, daß viele Tötungen im Kriege grausam und ganz entsetzlich sind, aber sie ereignen sich nach den Regeln des Kriegsvölkerrechts. Und das ist ein Aspekt der damaligen Ausstellung, die besonders unvollständig und mangelhaft war. Nämlich die richtige Zuordnung: sind die gezeigten Greuel Kriegsverbrechen, oder sind sie - leider - legalisierte Barbarei, aber innerhalb des Kriegsrechts?

Darüber hinaus ist es notwendig, das Gesamtbild, den Kontext zu zeigen, vor allem für die Besucher, die den Kontext nicht kennen. Es ist beispielsweise absolut unerlässlich, daß der Besucher auch weiß, was die Kriegführung seitens der Jugoslawen, seitens der Tito-Partisanen, was die ukrainischen und sowjetischen Partisanen, also was die Rote Armee an Verhalten gegenüber der Haager Landkriegsordnung gezeigt hat, gegenüber der Genfer Konvention, gegenüber dem Schutz der Kriegsgefangenen und so weiter.

(DLF-Magazin): Wie hat sie sich verhalten, Herr Professor?

Zayas: Wie Sie wissen, hat dies die Wehrmachtuntersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts in richterlichen Ermittlungen und eidesstattlichen Zeugnissen minutiös festgehalten. Darüber sind im Koblenzer Bundesarchiv und im Militärarchiv Freiburg laufende sieben Meter Akten erhalten. Und zwar auch über alliierte Kriegsverbrechen, wovon vielleicht drei Viertel auf den deutsch-sowjetischen Krieg entfallen. Da finden Sie Akten über Kriegsverbrechen aller Art, und zwar vom allerersten Tag des Angriffes auf die Sowjetunion an. Seit Juni 1941 gibt es Beweise für die Erschießung und leider auch für die Verstümmelung von

deutschen Kriegsgefangenen in sehr, sehr hohen Zahlen.

(DLF-Magazin): Sie meinen also, daß dieser Aspekt der Kriegsverbrechen seitens des sowjetischen Konfliktpartners auch mit dokumentiert werden müßte in einer solchen Ausstellung?

Zayas: Das finde ich unerlässlich, das schuldet der Veranstalter einer Ausstellung seinen Besuchern. Die Besucher müssen diesen Kontext auch kennen, denn ansonsten kann man Ursache und Folge nicht verstehen. Die Barbarei dieses deutsch-sowjetischen Krieges ist nur dann wirklich vorstellbar, wenn man das Gesamtbild kennt. Aber es gab noch andere Mängel der ersten Wehrmachts-Ausstellung. Manche Kapitel sind z.B. total ausgespart, wie die Wehrmachtgerichtsbarkeit zum Schutze - und ich unterstreiche das - zum Schutze der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten. ...

Zum Verständnis der Wehrmacht muß man auch das Agieren der Rechtsabteilung der Wehrmacht einbeziehen. Man muß auch sehen, inwiefern in der deutschen Armee Disziplin gehalten worden ist oder nicht. D.h. konkret muß der Frage nachgegangen werden, inwiefern Ausschreitungen deutscher Soldaten, Wehrmachtsoldaten, sei es durch Vergewaltigung, sei es durch Plünderung, sei es durch Mißhandlung von Zivilisten, ... inwiefern also diese deutschen Soldaten bestraft worden sind. Des weiteren: wie scharf sind die Strafen gewesen? Das wäre eine ... ganz wichtige Aufgabe für deutsche Historiker, ... um zu einem einigermaßen realistischen Gesamtbild zu kommen.

(DLF-Magazin): Wie würden Sie zusammenfassend das Agieren der deutschen Militärgerichtsbarkeit charakterisieren?

Zayas: Auf sämtlichen Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkrieges sind Fälle von deutschen Soldaten, die geplündert und getötet haben, dokumentiert und ebenso die dazugehörigen Feldurteile - fast alles ist in den Akten erhalten. Man müßte nur hineinschauen und Quellenstudium betreiben.

(DLF-Magazin): Galt diese Kriegsgerichtsbarkeit auch bei Übergriffen gegen die jüdische Zivilbevölkerung in der Sowjetunion?

Zayas: Es gibt solche Beispiele. Interessant wäre es allerdings, sie zu quantifizieren. Aber es gibt eine Reihe Beispiele in den Akten der Wehrmachts-Rechtsabteilung, wo Feldurteile von ordentlichen Wehrmachtsgerichten gefällt worden sind, mit Todesurteil oder sehr hoher Zuchthausstrafe, die verhängt worden sind, weil Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung begangen worden sind. Sie werden das vielleicht als schizophren betrachten, ist aber so, und die Akten sind da, frei für jeden, sie auszuwerten, wenn man nur will!

(DLF-Magazin): Wenn Sie Ihren, offensichtlich breiter angelegten, wissenschaftlichen Ansatz realisieren, handeln Sie sich wahrscheinlich von Kritikern den Vorwurf ein, Sie relativierten die singulären NS-Verbrechen. Beeindruckt Sie das?

Zayas: Keinesfalls! Ich finde, es ist unsere Aufgabe als Historiker, das Gesamtbild darzulegen. Es geht in keiner Weise darum, irgendein Verbrechen zu banalisieren oder gar zu relativieren. Es geht vielmehr darum, Geschichte zu verstehen und ich finde, eine Geschichtsschreibung, die nur einen Teil des Geschehens beleuchtet, grenzt an eine Lüge.

(Alfred de Zayas ist amerikanischer Historiker und Völkerrechtler. Mit dem Harvard-Absolventen sprach Bernd Kallina für die Deutschlandfunk-Sendung "DLF-Magazin". Wir bringen das Hörfunk-Interview leicht gekürzt).<<

28.02.2002

Belgien: Der Euro wird zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung ist damit erfolgreich abgeschlossen.

18.03.2002

Großbritannien: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**

Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. Aus der Agrar- und Fischereipolitik, aber auch aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte Großbritannien aussteigen. Die britische Handelspolitik sollte ihr Land nach Meinung Thatchers wieder selbst in die Hand nehmen.

Sie schlägt weiter vor, daß Großbritannien der Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) beitreten sollte. Das wiederum ließe sich nur schwer mit einer EU-Mitgliedschaft vereinen. Thatcher schreibt es nicht ausdrücklich, aber das würde vermutlich bedeuten, daß Großbritannien aus der EU austritt. "Es wird oft gesagt, es sei undenkbar, daß Großbritannien die Europäische Union verläßt", schreibt die Frau, die von 1979 bis 1990 ihr Land regierte. Doch man solle diesen Gedanken nicht ausweichen.

Probleme kommen vom Festland

Nach Thatchers Meinung nützt die EU Großbritannien nur bedingt: "Die unverblümete Wahrheit ist, daß der Rest der Europäischen Union uns mehr braucht, als wir sie brauchen." Deshalb sollte eine konservative Regierung die britische Rolle in Europa neu verhandeln. Gäbe es mehr britische Alleingänge, dann könne die Insel eine Weltmacht bleiben. Geht es nach Thatcher, dann sollte Großbritannien mit der EU kooperieren, aber auch die eigenen Interessen verteidigen und verfolgen.

Die größten weltpolitischen Probleme, die sie erlebt hat, seien vom europäischen Festland ausgegangen, schreibt Thatcher weiter in ihrem Buch. Ihre Beispiele: Marxismus und Nationalsozialismus. Die Lösung dieser Probleme hingegen sei nicht von dort gekommen.

Ob Thatchers Ideen im Falle eines Regierungswechsels in Großbritannien umgesetzt werden, ist unsicher. Die Tories sind zurzeit etwas europafreundlicher als früher und arbeiten an ihrer Modernisierung. Einigen Mitgliedern eines konservativen Schattenkabinetts wird allerdings nachgesagt, sie würden mit Thatchers Ideen übereinstimmen. Der konservative Spitzenmann Duncan Smith schrieb zu der Debatte, daß Großbritannien nur mit dem britischen Pfund seine Politik selbst kontrollieren könne: "Ich werde es niemals erlauben, daß die EU-Mitgliedschaft bedeutet, daß Großbritannien die Kontrolle über sein Schicksal verliert. Solange ich die Konservativen führe, werde ich immer für den Erhalt des Pfundes kämpfen." <<

27.04.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 27. April 2002 (x887/...):

>>Geburtstag: 50 Jahre Baden-Württemberg

Am 25. April 1952 wurde Deutschlands Südwesten zu einem Bundesland vereinigt

Wie bei so vielem in der Bundesrepublik Deutschland sind auch beim Bundesland Baden-Württemberg die Wurzeln in der Politik der Besatzungsmächte zu suchen. So wie die West-Ost-Teilung des Territoriums der heutigen Bundesrepublik in die Westzonen einerseits und die Sowjetische Besatzungszone auf der anderen Seite die traditionelle deutsche Nord-Süd-Teilung entlang des "Weißwurstäquators" in den (preußisch dominierten) Norden und den (österreichisch dominierten) Süden überlagerte, ließ auch die Aufteilung Südwestdeutschlands in den US-amerikanisch besetzten Norden und den französisch besetzten Süden die traditionelle West-Ost-Teilung dieses Raumes in das westliche Baden und das östliche Württemberg in den Hintergrund treten.

Ursprünglich hatten die US-Amerikaner den gesamten deutschen Südwesten sowohl besetzen als auch verwalten und in ihrer Besatzungspolitik die traditionelle Teilung in Baden und

Württemberg berücksichtigen wollen. So war beispielsweise der US-Oberst William Dawson, der spätere Verwalter des US-amerikanisch besetzten Nordteils Südwestdeutschlands, in seiner Heimat und in England ab dem Jahre 1942 systematisch auf die Verwaltung ausschließlich Badens vorbereitet worden. Frankreichs erfolgreiches Streben nach einer eigenen Besatzungszone machte jedoch einen Strich durch die Rechnung.

Wenn man nun schon der Grande Nation einen Teil der Beute abgeben mußte, sollte es wenigstens ein Teil sein, dessen Verlust nicht allzusehr schmerzte, und so erhielt Deutschlands Nachbar im Westen den jeweils schwächer industrialisierten Süden von Baden und von Württemberg. Der stärker industrialisierte Norden mit dem verkehrstechnisch wertvollen Autobahnstück zwischen Karlsruhe und Ulm fiel in US-amerikanische Hand. Da den Amerikanern an einer effektiven Nutzung ihrer Besatzungsgebiete gelegen war, schlossen sie die in ihrem Machtgebiet liegenden Nordteile von Baden und Württemberg zu einem Land namens "Württemberg-Baden" zusammen.

Die Franzosen dachten historischer. Entsprechend dem Motto "divide et impera" ("teile und herrsche") verfolgten sie ihre traditionelle Politik, die Kleinstaaterei jenseits ihrer Grenze zu Deutschland zu fördern. Die einzige Veränderung, die sie vornahmen, war, daß sie das durch die Auflösung Preußens herrenlos werdende Hohenzollern mit ihrem Teil Württembergs zum Land Württemberg-Hohenzollern verbanden. Der Name "Baden" wiederum, den der von den Franzosen verwaltete südliche Teil des ehemaligen Großherzogtums und Freistaates erhielt, zeugte von dem Ziel, das gesamte Land in ihre Verfügungsgewalt zu bringen und damit die gesamte deutsch-französische Grenzregion zu beherrschen.

Im Gegensatz zu den wohlhabenden Vereinigten Staaten beutete die Französische Republik ihre Besatzungszone in einer Weise aus, die stellenweise sowjetische Ausmaße annahm. Die französischen Besatzer lebten aus dem Land. Sie zwangen die Bauern zur Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, holzten ganze Wälder ab, demontierten in großem Umfang Industrieanlagen und entnahmen Güter aus der laufenden Produktion. Traditionell schon ärmer und dann auch noch durch die französische Besatzung zusätzlich geschlagen drängte sowohl der Süden Badens als auch jener Württembergs nach einer Vereinigung mit dem jeweils reicheren Nordteil.

Der Wunsch der Südbadener wurde von ihren Landsleuten im Norden jedoch nicht geteilt. Zu sehr schreckte die Vorstellung, bei einer Wiedervereinigung des Landes unter französische Besatzung zu geraten. Welche große Bedeutung dieses Argument hatte, zeigen die privaten Notizen des badischen Landesbezirkspräsidenten Heinrich Köhler. Im Sommer 1948 schrieb der einstmalige Verfechter einer badischen Wiedervereinigung unter der Überschrift "Mein Umfall": "Mir wie Schuppen von den Augen! Baden Figur in Rheinpolitik der Franzosen. Ganz Baden als französisches Protektorat und Grundlage für Marsch entlang den Rhein."

Wenige Monate später notierte der Christdemokrat: "Bestreben der Franzosen auf ganz Baden - an Württemberg kein Interesse - und darüber hinaus alte Rhein-Bund-Politik. Folgen, hingesehen auf Erfahrungen Südbaden, verheerend. Partei wäre in Nordbaden erledigt. Rettung nur durch Anschluß an größeren Verband, der widerstandsfähiger als kleinste und kleine Länder. - Ist das Verrat? Nein, Rettung des Volkes."

Wie Köhler bereits feststellte, hatte Frankreich an Württemberg kein Interesse, und so ließen sich die Nordschwaben im Gegensatz zu den Nordbadenern ganz von ihrem Gefühl der Verbundenheit mit ihren Landsleuten im Süden leiten. Es läßt sich also grob konstatieren, daß Südbaden die badische Wiedervereinigung wünschte, während Nordbaden die Verbindung mit Württemberg wollte, das seinerseits mit seinen beiden Teilen seine eigene Wiedervereinigung erstrebte und dem nordbadischen Wunsche nach einem gemeinsamen baden-württembergischen Staate wohlwollend gegenüberstand.

Angesichts der geschilderten Ausgangssituation schien der baden-württembergische Gesamt-

staat nur eine Frage der Zeit zu sein. Am 24. August wurde in Karlsruhe ein Staatsvertrag zwischen den drei Ländern des deutschen Südwestens vereinbart. Der christdemokratische Staatspräsident (Süd-)Badens, Leo Wohleb, verweigerte jedoch die für den Vertragsabschluß nötige Unterschrift. Die Frage, welche Rolle die französische Besatzungsmacht bei der Weigerung des (süd-)badischen Staatsoberhauptes spielte, ist leider bisher ungeklärt. Die Vierte Republik hatte natürlich kein Interesse an einem durch die Vereinigung mit Württemberg vor ihrem Zugriff geschützten Baden.

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Dort heißt es in Artikel 118: "Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann ... durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß."

Da der Versuch einer "Vereinbarung der beteiligten Länder" an der fehlenden Unterschrift des (süd-)badischen Staatsoberhauptes gescheitert war, wurde seitens der Befürworter des Südweststaates nun versucht, über die Bundesgesetzgebung die erwünschte Neugliederung zu erreichen. Zur Jahreswende von 1950 zu 1951 brachten die Bundestagsabgeordneten Kurt-Georg Kiesinger und Karl Gengler einen entsprechenden Gesetzentwurf ein.

Der Entwurf sah als Abstimmungsverfahren den sogenannten Vier-Bezirke-Modus vor. Das heißt, daß in den vier Bezirken Nordbaden, Nordwürttemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden einzeln abgestimmt und eine Mehrheit in mindestens drei der vier Abstimmungsbezirke als positives Gesamtvotum gewertet werden sollte.

Diese Gesetzesvorlage fand bei der im April 1951 stattfindenden Abstimmung im Bundestag eine breite Mehrheit. Da ein solches Gesetz angesichts der geschilderten Konstellation in Nordbaden sowie Württemberg einen Südweststaat erwarten ließ, rief Wohleb das Bundesverfassungsgericht an. Dieses lehnte die badische Klage jedoch am 23. Oktober 1951 ab, und so kam es noch im selben Jahr, nämlich am 9. Dezember 1951, zu der im Gesetz vorgesehenen Abstimmung.

Von den Abstimmungsteilnehmern votierten für den Zusammenschluß 93,5 Prozent in Nordwürttemberg, 91,4 Prozent in Südwürttemberg-Hohenzollern und 57,1 Prozent in Nordbaden. Damit war trotz der 62,2 Prozent in Südbaden für die Wiederherstellung der alten Länder die Entscheidung für Baden-Württemberg gefallen.

Ein Vierteljahr später wurde seine Verfassungsgebende Landesversammlung gewählt. Selbige wählte auf ihrer konstituierenden Sitzung vom 25. April 1952 den langjährigen Regierungschef Württemberg-Badens, Reinhold Maier, zum ersten Ministerpräsidenten Baden-Württembergs.

Frisch gewählt holte der Freidemokrat seine Taschenuhr aus der Westentasche und verkündete vom Rednerpult der Versammlung:

"Meine sehr verehrten Abgeordneten. Gemäß Paragraph 14, Absatz 2, Satz 2 wird hiermit der Zeitpunkt der Bildung der vorläufigen Regierung auf den gegenwärtigen Augenblick, nämlich auf Freitag, den 25. April 1952, zwölf Uhr 30 Minuten festgestellt.

Mit dieser Erklärung sind gemäß Paragraph 11 des zweiten Neugliederungsgesetzes die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem Bundesland vereinigt. Meine Frauen und Männer! Gott schütze das neue Bundesland."

Das Große Landeswappen: Im goldenen Schild lebt das Wappen des staufischen Herzogtums Schwaben fort. Es zeigt drei schreitende schwarze Löwen mit roten Zungen. Der goldene Schild wird von einem Hirsch und von dem Fabeltier Greif gestützt, die für Württemberg und Baden stehen.<<

08.06.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. Juni 2002 (x887/...): >>Ge-

danken zur Zeit: Vertreibung aus dem Geschichtsbuch

Rüdiger Goldmann über unübersehbare Mängel in der deutschen Schulbuchliteratur

Seit Jahrzehnten wird die unzureichende und zum Teil mangelhafte Darstellung des Flucht- und Vertreibungsgeschehens in deutschen Geschichtsbüchern beklagt, ohne daß die Kultusminister wirksame Abhilfe schaffen, ja sie können sich noch nicht einmal über die Darstellung Deutschlands einigen.

Nun könnte man annehmen, daß nach den großen Fernsehserien, vielen neuen Veröffentlichungen über dieses Thema (Knopp, Grass, Brandes, Lemberg, Stanek, Pustejowsky, de Zayas, Slapnicka, Grulich, Hoffmann, Harasko etc.) hier ein Wandel eingetreten sein könnte.

Mit Neugier greift man daher nach der neuesten Ausgabe von "Zeiten und Menschen", Band 4, aus dem Schöningh-Verlag in Paderborn. Für sie zeichnen mehrere Autoren verantwortlich, ohne daß die einzelnen Kapitel ihnen namentlich zugeordnet werden können.

Graphisch, von der Bebilderung und der Gliederung her ist das Buch übersichtlich und schülerfreundlich gestaltet. Das Begriffsverzeichnis jedoch ist recht mager geraten. Weder dort noch im Register taucht z.B. der Begriff der Menschenrechte auf, auch die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" von 1948 sucht man vergebens. So verwundert es nicht, daß zwar ein Auszug aus der tschechoslowakischen Charta 77, nicht aber die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" des Jahres 1950 zitiert wird.

Während nun überraschenderweise die Vorgeschichte des Münchner Abkommens bzw. die des Sudetenlandes (auch mit einer Karte) einigermaßen zutreffend - jedoch ohne Zahlenangaben und ohne Hinweis auf die verfehlte tschechoslowakische Politik - wiedergegeben wird, häufen sich danach für die Jahre 1945/46 die Ungenauigkeiten und Fehler.

Da wird auf Seite 139 eine Statistik der Toten des 2. Weltkrieges abgedruckt, die sehr zweifelhafte Angaben enthält. Die Verluste der deutschen Zivilbevölkerung werden aufgeteilt in Verluste der Bevölkerung des Deutschen Reiches und der "Volksdeutschen", wobei völlig unklar bleibt, was unter den letzteren zu verstehen ist. In einer Anmerkung wird darauf verwiesen, daß andere Schätzungen höher liegen, jedoch ohne daß diese Angaben gemacht werden. Kaum zu glauben ist die Angabe, daß in Italien 4,2 Millionen Menschen der Zivilbevölkerung ums Leben gekommen seien.

Problematisch ist auch die Beschriftung der Karte auf der gleichen Seite, wo von der "Befreiung Europas" die Rede ist. Dies kann ja im Hinblick auf die sowjetische Eroberungspolitik keinesfalls gesagt werden.

Auch die Karte auf Seite 205 ist unvollständig und zum Teil falsch, da die Nationalitätenverhältnisse in Ostmitteleuropa nicht genau angegeben werden und auch der Begleittext unklare und zum Teil falsche Angaben enthält.

Während der Gebietsumfang "Ostpolens" genau benannt wird, ist fälschlicherweise von "Millionen Polen" die Rede, die ihre Heimat verlassen mußten. Das dort verwendete Zitat "planvoll umgesiedelt" ist nicht belegt. Im Potsdamer Protokoll gibt es diese Aussage nicht. Und was soll man von dem Satz halten: "Insgesamt verloren über 12 Millionen Menschen in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn ihre Heimat/Seite 204?"

Nein, die Deutschen wurden aus den ostdeutschen Gebieten, dem Sudetenland und Südosteuropa vertrieben, nur zum geringeren Teil aus Polen und der Tschechoslowakei. Jugoslawien ist den Verfassern in diesem Zusammenhang auch nicht erwähnenswert.

Besonders zu kritisieren ist jedoch, daß hier die Verantwortlichen für die Vertreibung nicht benannt werden, weder die Schreibtischtäter noch die aktiv tätigen Vertreiber. Es fehlen die Namen von Josef Stalin, W. S. Churchill, E. Ochab, Eduard Benes, Josip Tito, E. D. Roosevelt etc. Es fehlen die staatsterroristischen Maßnahmen, die Flucht und Vertreibung auslösten und begleiteten. Während bei den deutschen Verbrechen stets nach den Tätern, den Verantwortlichen, der Sicht der Opfer gefragt wird, wird dies bei Flucht und Vertreibung ausgeblen-

det.

Und danach verschwinden diese deutschen Gebiete völlig aus der weiteren Darstellung der Geschichte. Von der totalen Entrechtung und Enteignung der Vertriebenen und der zurückgehaltenen deutschen Bevölkerung ist nicht die Rede, man beschränkt sich auf die Geschichte der beiden deutschen Staaten.

Immerhin wird auf Seite 208 ein Vertreibungsbericht aus dem Memelland abgedruckt. Man nimmt dies zum Anlaß einer Zeitzeugenbefragung, ohne daß das Geschehen von Flucht und Vertreibung in allen seinen Dimensionen erörtert würde. Hier müßte ein ganzes Kapitel zu diesem Thema folgen, die Charta der Vertriebenen, ihr Anteil am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Aufbau des westlichen Deutschland, der Republik Österreich, ihr Anteil an der Aufrechterhaltung des Einheitsgedankens, ihr Anteil an der Abwehr der kommunistischen Ideologie und der sowjetkommunistischen Expansionspolitik.

Nichts dergleichen ist in diesem Buch zu finden. Die "westdeutsche" Nabelschau herrscht vor. Während dem "2. deutschen Staat" bis zu seinem Untergang und seinem Zusammenschluß mit dem westlichen Deutschland zahlreiche weitere Kapitel gewidmet werden, verschwinden die Ostgebiete und das Sudetenland ab 1945 im Orkus der Geschichte. Auch die Entscheidung zum Verzicht auf diese Territorien im 2+4-Vertrag und den Grenzankennungs- bzw. Nachbarschaftsvertrages ist kaum noch eine Zeile wert.

Das Schicksal von 17 Millionen Deutschen wird in "Zeiten und Menschen" unzureichend berücksichtigt. Die gegebene Darstellung ist zum Teil fehlerhaft und weist große Lücken auf.

Es ist die Frage, wer dafür verantwortlich ist und weiter, wie dies geändert werden kann.

Verantwortlich sind neben den Autoren und dem Verlag die Landesregierungen bzw. Kultusminister (in NRW Frau Behler, die mit der deutschen Nation stets auf Kriegsfuß stand), die die Schulbücher genehmigen. Aus den genehmigten Verlagsangeboten können sich die einzelnen Schulen die Bücher auswählen, für die einzelnen Fächer entscheiden dies die Fachkonferenzen.

Da die Arbeitsgemeinschaften für die "Ostkunde im Unterricht" heute kaum noch aktiv sind, müßten Schulbuchkommissionen eingesetzt werden, die diese Lücken aufarbeiten. Dies ist jedoch in Privatinitiative kaum zu leisten, und es ist im übrigen eine originäre Aufgabe der Ministerien für Kultur, Schule und Wissenschaft. Diese Aufgabe muß in Angriff genommen werden, wenn das deutsche Geschichtsbild, aber auch das Osteuropas und seiner Völker nicht in unverantwortlicher Weise verkürzt und entstellt werden soll.<<

22.06.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 22. Juni 2002 (x887/...): >>Samuel Salzborn - der neue Stichwortgeber der "antifaschistischen" Vertriebenenfeinde

Guido Knopp behandelte in seiner neuesten Fernsehdokumentation nicht "Hitlers Kinder", "Hitlers Friseur" oder "Hitlers Kleingarten", sondern die Vertreibung. Günter Grass beschäftigt sich in seiner Novelle "Im Krebsgang" mit dem Untergang der "Wilhelm Gustloff", die Ufa kündigt gar die Verfilmung der Tragödie an, und mancher Zeitgenosse reibt sich verwundert und fragend die Augen: "Haben wir das Ende der historischen Einäugigkeit erreicht?" Ja, könnte es denn sein, daß sich die Öffentlichkeit des nur allzu gerne verdrängten Themas der deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs sensibler anzunehmen begänne?

Abwarten und Tee trinken. Schließlich würde es nicht mit rechten Dingen zugehen, wären jene Volkspädagogen, "Antideutschen" und Vertriebenenverächter, die jahrelang beständig ihren mahnenden Zeigefinger erhoben hatten, über Nacht wie durch Zauberspruch verschwunden. Nein, sie sind präsenter denn je und schicken sich an, durch immer radikalere antideutsche Thesen die lange gepflegte eigene Maske moralischer Überlegenheit selber vom streitlüsternen Haupt zu ziehen. Ihr neuer Haupt-Stichwortgeber heißt übrigens Samuel Salzborn.

Samuel Salzborn, geboren 1977 in Hannover, fungiert als Redakteur des "aggressiv-antifaschistischen" Zweimonatsblattes Der rechte Rand. Ebenso trat er als Korrespondent der anti-deutsch ausgerichteten Wochenzeitung Jungle World und Autor der Antifaschistischen Nachrichten hervor, konnte aber auch Beiträge im linksgerichteten Monatsblatt Konkret, der Frankfurter Rundschau und der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung veröffentlichen. Nach den Angaben seiner Internet-Seite studierte der Diplom-Sozialwissenschaftler als Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung Politik, Soziologie, Psychologie und Rechtswissenschaft an der Universität Hannover.

Salzborns Tätigkeit fällt in eine Welle der Themen-Spezialisierung durch "antifaschistische" Jungautoren der neuen Generation. Weniger großangelegte Abhandlungen gegen "Rechtsextremismus" werden den linksgerichteten Buchmarkt der Zukunft beherrschen, als vielmehr spezifizierte Sonderabhandlungen über gezielt attackierte Einrichtungen, die Nähe zur politischen Rechten, zum Konservatismus oder explizit patriotischen Positionen aufweisen.

Verschiedene Autoren, vor allem aus dem "radikal-antifaschistischen" Spektrum, haben in der jüngsten Vergangenheit bereits inquisitorisch ihre Arbeitsmühe in ausgesuchte Spezialgebiete gesteckt.

Das Spektrum der Esoterik beispielsweise bearbeitet seit längerem der Mitarbeiter der "Antifa"-Zeitschrift Der rechte Rand Andreas Speit, ein aus dem Braunschweiger "Linken Netzwerk" stammender Marxist. Für den Bereich "Ökologie" bemühte sich Oliver Geden publizistisch um Öffentlichkeit. Im Bereich "Aussonderung 'reaktionärer' Tendenzen aus dem Pop- und Rockmusik-Bereich" traten Christian Dornbusch, Jan Raabe und Martin Büsser, alles Autoren der Zeitschrift Der rechte Rand, besonders in Erscheinung. Samuel Salzborn nun hat sich seit den späten 90er Jahren auf die beständige Anprangerung der Vertriebenenverbände spezialisiert.

Und an diesen läßt er, wie zu erwarten war, kein gutes Haar. Vertriebene zeigten seiner Auffassung nach schließlich Gebietsabzeichen von Regionen, "deren Namen Geschichte sind". Sie vollzogen "folkloristisches Trara", hielten "Reden mit gebietsrevisionistischem Getöse und völkerrechtlichen Anmaßungen".

In seiner kleinen Essaysammlung "Momentaufnahmen" präsentiert Salzborn "Ausschnitte aus einem Jahr journalistischer Arbeit gegen 'Vertriebenenverbände' und deutsch-völkische Außenpolitik". Artikel unter solch markigen Titeln wie "Den Ostlandrittern Paroli bieten!" werden dem Leser zum besten gegeben. Darin liest man Sätze wie folgenden aus Konkret 10/97 über eine Rede Wilhelm von Gottbergs: "Wenn er damit die Füße meinte, auf denen er stand, so waren sie zweifellos vorhanden. Oder meinte er die Socken?"

Dann hätte er nicht unrecht. Denn es war ohne Frage ein Verdienst der Wehrmacht, daß die 'Vertriebenen' sich seinerzeit auf die Socken machen mußten, um wenigstens ihr Dasein zu erhalten."

In seinem Buch "Grenzenlose Heimat" bezeichnete Salzborn die von den Vertriebenenverbänden ausgegebene Devise eines Beharrens auf dem "Recht auf Heimat" als "Volkstums-kampf" um polnisches und tschechisches Staatsterritorium.

Über das "soziale Konstrukt" eines Vertriebenen-Status versuche der BdV, sein Revanche-Paradigma gegenüber den osteuropäischen Nachbarstaaten ohne Einklang mit den "historischen Tatsachen" zu untermauern. Ein Konstrukt? Aber sicher, schließlich tauche die Bezeichnung "Vertreibung" in den alliierten Dokumenten nach dem Zweiten Weltkrieg noch gar nicht auf, erfährt man von Salzborn, naiv argumentierend oder sich ahnungslos stellend, und er setzt noch einen drauf: "Im übrigen ist jemand, der tatsächlich seinen ehemaligen Wohnort verlassen hat oder verlassen mußte, nicht automatisch sein Leben lang ein 'Vertriebener'."

Solch weise Erklärung liest sich fast, als würde ein neunmalkluger NS-apologetischer Geschichtsumschreiber behaupten: "Im übrigen ist jemand, der tatsächlich einmal einige Zeit in

einem NS-Konzentrationslager verbrachte oder verbringen mußte, nicht automatisch sein Leben lang ein 'Holocaust-Überlebender'."

Die Opferdarstellung der Vertriebenen jedenfalls sei nur ein "Mythos". Schließlich müsse man ihre Geschichte im Kontext einer aggressiven deutschen Ostpolitik seit den Ordensrittern verstehen. Stets sei aus Westen der barbarische Drang nach Christianisierung und später Germanisierung der friedliebenden slawischen Völker zu spüren gewesen. Das "Einrücken der Ordensritter in Ost- und Westpreußen" sei "von Beginn an eine brutale Greuelgeschichte" gewesen, weiß Salzborn zu berichten, und auch, daß die Deutschen sich anschickten, "einen Großteil der dort lebenden Menschen zu ermorden". Die Deutschen - schlimmer und mörderischer als der ganze Rest der Menschheit, und das schon im Mittelalter. Was sonst soll uns dieser lehrreiche historische Rückblick in die frühe Pruzzen-Zeit mitteilen?

Später weiß Salzborn noch zu berichten, daß Pommern erst infolge des Wiener Kongresses an Preußen gefallen sei und die Weimarer Revisionspolitik die Grundlage für die nationalsozialistische Volkstumspolitik hergestellt hätte. Die polnischen Repressionsmaßnahmen gegen die "sogenannte deutsche Minderheit" seien demnach "im wesentlichen eine innenpolitische Reaktion auf die von der Minderheitenpolitik des deutschen Reiches ausgehende Bedrohung der staatlichen Souveränität Polens" gewesen. Schließlich hätten "die Deutschen" Massenaustreibungen und systematischen Massenmord an den Polen entwickelt, hätten als "fünfte Kolonne" Hitlers gedient, "Wühlarbeit an den Grenzen des Deutschen Reiches" geleistet und die "Germanisierung" realisiert.

Die Ostpreußen hätten sich radikaler als andere Deutsche zu ihrem Volkstum bekannt. Die "Sudetendeutschen" hätten einen "völkischen Kampf" gegen den "emanzipatorischen" tschechoslowakischen Staat geführt, obwohl dieser ihnen doch das allgemeine Wahlrecht und Individual- und Menschenrechte garantiert habe. Gesonderte Gruppenrechte habe nun mal keine ethnische Gruppe der Tschechoslowakei erhalten, weiß Salzborn zu erläutern, ohne daß ihm der Gedanke entfleucht, daß die Tschechen bei bevölkerungspolitischer Zweidrittelmehrheit in Böhmen und Mähren womöglich nicht nur aus liberalistischem Menschenbild zu dieser Entscheidung gelangt sein könnten.

Immer wieder verzettelt sich Salzborn in Versuchen einer politischen Rechtfertigung des Vertreibungsverbrechens. Wie weit die latente Menschenverachtung aus derartigen Thesen spricht, wird anhand von Salzborns dauerhaftem Bemühen sichtbar, die Vertreibung als eine notwendige, letztlich gar nicht so üble Angelegenheit darzustellen. Es sei schließlich "als konfliktpräventive, friedentiftende Maßnahme" nur die "Ausweisung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten" möglich gewesen. Unter Berufung auf den Historiker Martin Broszat erklärt Salzborn, die "Umsiedlung" sei von den "betroffenen Deutschen fast als Erlösung empfunden" worden, ohne nach den Hintergründen zu fragen.

In Konkret 7/2000 rechtfertigte Salzborn die "Umsiedlung" der Deutschen, da diese "völkerrechtlich verbindlich im Potsdamer Abkommen" festgelegt worden sei. Der juristische Beschluß reicht nach dieser Definition aus, um moralische Unangreifbarkeit auszudrücken. Ein Schelm denke an das Schlagwort von den "schrecklichen Juristen" der NS-Herrschaft, die so manches heutigen Maßstäben nicht mehr genügende Urteil von sich gegeben haben.

Doch mit dem Rassenwahn der NS-Zeit könne die Austreibung der Deutschen aus den Ostgebieten nicht verglichen werden, so Salzborn weiter: "Denn die Umsiedlung erfolgte nicht aus rassistischen, sondern aus antifaschistischen Gründen. Sie sollte das künftige Konfliktpotential in Osteuropa verringern - schließlich hatten die sogenannten deutschen Minderheiten bereits während des Nationalsozialismus soziale und politische Konflikte im Ausland geschürt ..."

Diese Argumentation lohnt es, genauer betrachtet zu werden. Salzborn spricht von "Deutschen Minderheiten" und meint offenbar auch die Landstriche Pommern, Schlesien und Ostpreußen

damit. Es fragt sich allerdings, wer seiner Auffassung nach dort die "Mehrheit" gestellt hat. Marsmännchen oder Sioux-Indianer womöglich? Auch legitimiert er die Vertreibung von Millionen Menschen der angestammten Bevölkerung, um ein "Konfliktpotential" zu entschärfen. Besser hätten es Milosevic, Karadzic oder andere heutzutage als Kriegsverbrecher angeklagte serbische Größen der Gegenwart während des Balkankrieges auch nicht formulieren können. Vertreibung zwecks "Konfliktprävention", nachgeholfen mit etwas Gewalt, wenn's nicht anders geht. Und Vertreibung als "antifaschistischer" Akt?

Hier spätestens wird erkennbar, was vom ach so humanen "Antifaschismus" zu halten ist. Was wäre denn gewesen, wenn die Nationalsozialisten eine Handvoll Juden mit "Ehrenarier"-Auszeichnung von ihren rassistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgenommen hätten? Nach Salzbornscher Diktion dürfte dann kaum noch der Begriff "Rassismus" angesichts der diesbezüglichen NS-Verbrechen erhoben werden.

Auch sein Heranziehen einer allgemein gehaltenen feministischen Theorie, die Kriegsvergewaltigungen als Teil der männlichen Kriegsführung zu erklären versucht, wirft erst einmal Fragen auf. Viele Beispiele aus anderen Kriegen beweisen, daß keinesfalls Kriegsführung mit massenhaften Vergewaltigungen deckungsgleich ist. Beispielsweise haben sich die deutsche Wehrmacht und die Westalliierten in dieser Hinsicht viel weniger frauenfeindlich verhalten als die Sowjetarmee.

Was will uns Salzborn also mit seinen Exkursen sagen? Daß Vergewaltigen im Krieg "normal" sei? Nicht so schlimm? Daß die deutschen Frauen und Mädchen es verdient hätten, hätten "sie" doch Polen zwangsgermanisiert oder Juden vergast? Salzborn spielt hier massiv mit antideutschen, rassistischen Ressentiments, kokettiert gar mit der Rechtfertigung von Sexualverbrechen.

Salzborns gesamte Argumentation fußt auf zwei Absichten:

1. Das historische Faktum der Vertreibung herunterzuspielen, schönzureden und zu rechtfertigen.
2. Die kulturelle und politische Arbeit der Vertriebenenverbände als imperialistisch, friedensfeindlich, anrühlich und politisch schädlich darzustellen.

Auf diese Weise soll den Vertriebenen die Unterstützung in der Politik und den Medien entzogen werden, finanzielle Unterstützungen sollen abgeschafft, die kulturelle Arbeit der Vertriebenenverbände also letztlich behindert werden.

Salzborns politisches Ziel ist dabei, eine Aufweichung polnischer und tschechischer Staatshomogenität durch eine angeblich drohende ethnische Aufsplitterung seitens deutscher Kräfte zu verhindern. Über die persönlichen Motive des jungen Autors kann dabei nur spekuliert werden, will man nicht annehmen, es handle sich nur um einen durch familiäre Bindungen vorgeprägten westslawischen Nationalchauvinisten. Es dürfte weniger mit Slawenliebe denn mit Deutschenhaß zu tun haben, was Salzborn da von sich gibt.

Der antideutsche Rassismus, der in Argumentationslinien vieler "antifaschistischer" Autoren offen zu Tage tritt, ist auch in Salzborns Spiel mit den Begriffen latent erkennbar. Regelmäßig werden in Salzborns Schrift "Grenzenlose Zukunft" die Begriffe deutsch und Deutscher nur in Anführungsstrichen geschrieben (außer wenn er sie als Vollstrecker nationalsozialistischer Verbrechen beschreibt!), polnisch oder tschechisch dagegen nicht in Anführungsstrichen.

Dabei wird die altbekannte Kollektivschuldthese aufgewärmt. "Die" Deutschen hätten Konflikte geschürt, deshalb hätten auch alle Deutschen weg gemußt aus der schönen neuen Welt Polens und Tschechiens. Verbreiter derartiger argumentativer Geistesblitze hätten - 70 Jahre früher geboren - womöglich auch gut zu dogmatischen NS-Rasseideologen reifen können. Damals störten die slawischen "Untermenschen", und mit Hilfe einiger juristisch einwandfreier Erlasse konnte man mittels etwas Phantasie jede kleine "Umsiedlung" rechtfertigen, um staatsnationalistische Grenzvereinigungen durchführen zu können.

Rührend wird es natürlich, wenn Antideutsche zu tapferen Staats-Nationalisten mutieren, um den Schutz der "Territorien souveräner osteuropäischer Staaten" vor ethnischer Partikularisierung durch deutsche Kreise zu sichern. Oder um die im Potsdamer Abkommen manifestierte Machtbalance und massiv bedrohte Ordnung Europas wieder zu festigen.

Auch diese Wendung zum Status-quo-Fetischisten ist mit dem verinnerlichten "antifaschistischen" Geschichtsbild zu erklären: Da der Nationalsozialismus 100prozentig böse war, sind auch "die Deutschen" böse, denn "die Deutschen" haben ja den Nationalsozialismus - abgesehen von einigen ganz wenigen kommunistischen Widerstandskämpfern - unterstützt und getragen.

Dann war jeder, der gegen den Nationalsozialismus kämpfte oder unter ihm zu leiden hatte, gut. Dann sind die Polen und Tschechen ohne Ansehen möglicher Verbrechen gut, dann sind die Ausländer, die Nicht-Deutschen überhaupt, gut. Dann sind Linke gut, Rechte aber nicht. Und dann ist die alliierte Nachkriegsordnung gut, denn sie legte ja den bösen Deutschen mächtige Fesseln an. Und so muß diese Ordnung geschützt werden, wo es nur geht, um sie vor einer neuerlichen Aggression der bösen Deutschen zu verteidigen. Trivialer geht's zwar nimmer, aber was soll man von jungen Menschen in Zeiten der Pisa-Studie anderes erwarten als die Aneinanderreihung von Platitüden.

Seine "Gnade der späten Geburt" kann man Salzborn zu dessen Verteidigung zugute halten. Er ist aufgewachsen in einer Gesellschaft, deren politisches Klima vielerorts von einseitigen Schuldzuweisungen an die deutsche Adresse, vom Ausgleich ohne Gegenleistung des Auslandes, von einer oft lebensmüden, unselbstbewußt wirkenden Nation geprägt war.

Salzborn ist somit nur das radikale, aber konsequente und logische Produkt seiner Prägung durch die Gesellschaft (und im speziellen des linksgerichteten Umfeldes, in das er schließlich geraten ist). Er ist ein Kind seiner Zeit, die glaubt, in Ent-Ethnisierung, in Antigermanismus, schwarz-weiß gestrickter Geschichtsideologie und einer gehörigen Portion Aggressivität im Vertreten des scheinbar Richtigen eine moralisch höhere Stufe menschlichen Seins erklommen zu haben. Die Zeit wird ihnen ihre Anmaßungen vertreiben. Doch bis dahin wird man sich mit derartig fragwürdigem Gedankengut intensiv beschäftigen müssen.

Kein Mensch mit gesundem Verstand kann Millionen vertriebenen Menschen ernsthaft den Vorwurf machen, sich kollektiv an NS-Verbrechen beteiligt und deshalb ihr Recht auf Heimat verwirkt zu haben. Die Vertriebenen sind auch nicht deshalb ein Anprangerungsobjekt Salzborns und seiner Unterstützer, weil sie einen dominierenden gesellschaftlichen Einfluß hätten. Sie stören vielmehr, weil sie einen Stachel im verinnerlichten "antifaschistischen" Geschichtsbild darstellen. Sie erzählen vom Leiden und Sterben deutscher Menschen im 20. Jahrhundert.

Sie gefährden dadurch das zähleibige Propagandabild vom alleinig bösen Deutschen. Deshalb sollen sie weg von der Bildfläche. Sie würden die eingebildeten Gewißheiten und das scheinmoralische Fundament "antifaschistischer" Geistesherrschaft in Deutschland beeinträchtigen. Ja, deshalb sollen sie weg.

Das Vorwort zu Salzborns jüngster Arbeit "Heimatrecht und Volkstumskampf" schrieb Wolfgang Kreutzberger, 1939 in einer Emigrantenfamilie geboren und seit 1973 Akademischer Direktor mit Professoren Aufgaben am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Kreutzberger, ein durchaus "antifaschistisch" tätiger Wissenschaftler, bemühte sich, eine anerkennungsvolle Einleitung abzugeben. Dennoch spürt der Leser an Zwischentönen, daß selbst er es scheinbar nicht ganz leicht damit hatte, sämtlichen der sehr extremen Thesen Salzborns vorbehaltlos zu folgen.

Immer wieder hört man von Salzborn den Vorwurf, die Vertriebenen versuchten sich heute als unschuldige Opfer darzustellen, wo es doch keinen historischen Vorgang gegeben habe, der es erlaube, den "Transfer der deutschen Bevölkerung" generalisierend als "Vertreibung" zu be-

zeichnen. Die Vertriebenen versuchten Hitlers außenpolitischen Zielsetzungen nachträglich wenigstens teilweise zum Erfolg zu verhelfen.

Unhistorisch setzt Salzborn die autochthone deutsche Bevölkerung der Ostgebiete mit ausländischen Neu-Zuwanderern in die Bundesrepublik gleich und mokiert sich darüber, daß diesen keine Doppel-Staatsbürgerschaften zugestanden werden sollen. Möglichenfalls wären ihm diese Menschen und ihr Schicksal auch gleichgültig, wenn sie sich nicht so wunderbar als Instrument gegen das gehaßte Deutschland einsetzen ließen.

Ist das alles jetzt nur ein irrationaler, pathologisch einzuordnender Deutschenhaß aus der Tiefe einer kranken Seele oder dient der zur Schau getragene Antigermanismus in heutiger Zeit vielleicht eher als gutbürgerlicher Zugang zu den Futtertrögen des bundesdeutschen Lehrbetriebs und der linksgerichteten Wissenschafts-Schickieria?

Man würde Salzborn gerne zurufen, daß es den Vertriebenen nicht um Haß und Gewalt gehe, daß sie nicht Hitlers Großraumpolitik verteidigten, daß sie sich seit jeher um Ausgleich mit den östlichen Nachbarn bemüht haben. Man möchte ihm von den Bildern der Vertreibung erzählen, von den toten Kindern, den schreienden Frauen, den zertrümmerten Höfen. Doch wozu? Salzborn sind die Quellen offen zugänglich, und er hat sich bewußt für die Position entschieden, denjenigen zu spielen, der angibt, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben.

Daß er mit dieser Ignoranz nicht nur eine peinliche Randerscheinung bleibt, liegt an einem breiten Unterstützerumfeld in Medien, im Gewerkschafts- und Universitätsbereich, das anscheinend ein politisches Interesse daran hat, Autoren wie Salzborn ein Forum für deren Thesen zu bieten, sie als "antifaschistisch" geschulte Nachwuchsideologen auch gegen das Spektrum der Vertriebenenverbände aufzubauen.

Und zweifellos, das muß man dem jungen Sozialwissenschaftler Salzborn zugute halten, versteht er wissenschaftlich zu arbeiten und sich in sein Thema zu vertiefen. Er besitzt Beharrlichkeit und den nötigen Fanatismus, im guten Sinne des Wortes, um bei einem Thema zu bleiben. Durchaus bemerkenswert für jemandem im Alter von Anfang/Mitte 20. Ein vergeudetes Talent möglichenfalls.

Betrachtet man Salzborns frühe journalistische Arbeiten in der Essaysammlung "Momentaufnahmen" von 1998, dann den Band "Grenzenlose Heimat", 2000 im eindeutig ... radikalen Linken ... "Espresso-Verlag" erschienen, und schließlich das Buch "Heimatrecht und Volkstumskampf" von 2001, so erkennt man eine Entwicklung hin zu sprachlicher Mäßigung. Die eigenen Thesen werden entemotionalisiert, theoretisiert und zunehmend wissenschaftlicher Ausdrucksform angepaßt.

Die Richtung liegt klar. Salzborn scheint erkannt zu haben, daß man als Universitätsprofessor mehr Euro verdient, denn als Journalist für einige Blättchen der radikalen Linken. Alles wird also schön: die Beamtenstelle, die öffentlichen Zuschüsse, die Seminare und Projektgruppenarbeiten gegen Vertriebenenverbände, der vanillefarbene Himmel über einem Land, in dem "Deutsche" eines Tages keine störende Stimme mehr erheben werden.

Im Wintersemester 2001/2002 arbeitete Salzborn bereits als Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen. Zudem forschte er als Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung am Seminar für Sozialwissenschaften (EWF) der Universität Köln an einer Doktorarbeit zum Thema "Volksgruppenrecht".

Der erste Schritt auf der bundesdeutschen Karriereleiter ist also gemacht. Und den zweiten wird die Hans-Böckler-Stiftung wohl sicher auch noch anschieben, oder? ...<<

09.11.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 9. November 2002 (x887/...):

>>**Deutsche Flüchtlinge in Dänemark**

Mit Leif Guldmann Ipsen hat ein Däne über das Lager Oksbøl geschrieben

Dänemarks Einstellung zum Zweiten Weltkrieg, in den das Land nur am Rande verwickelt

war, ist zwiespältig - jedenfalls für jene Dänen, die über historische Kenntnisse verfügen und sich bemühen, beiden Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Ist Dänemark, wie die offizielle Version noch immer lautet, 1940 von Deutschland heimtückisch überfallen worden, oder gab es für Deutschland damals gar keine Wahl, als das Land zu besetzen?

Gehörte das Königreich zu den siegreichen Alliierten, obgleich es zwischen Deutschland und Dänemark keinen Kriegszustand gab und eine vor allem aus England geführte Widerstandsbewegung erst spürbar aktiv wurde, als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete?

Wie soll man die Tatsache deuten, daß mehr Dänen freiwillig auf deutscher Seite zusammen mit vielen europäischen Kameraden gegen den Bolschewismus kämpften, als in der Widerstandsbewegung tätig waren?

Und wer von ihnen stand zumindest aus historischer Sicht eher auf der "richtigen" Seite?

Der Zwiespalt, die Unsicherheit und die Doppeldeutigkeit des dänischen Selbstverständnisses schimmern durch fast jede dänische Darstellung aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Deutsche Leser haben nicht selten den Eindruck, daß dänische Autoren Klippen der jüngsten dänischen Geschichte sorgsam umschiffen, daß sie Ereignisse glätten und sich bemühen, alles in rosigem Licht erscheinen zu lassen - jedenfalls in dänischen Augen.

Ein dänischer Offizier, Leif Guldmann Ipsen, hat die Geschichte des größten Lagers für ostdeutsche Flüchtlinge in Dänemark, des Lagers Oksbøl, in der Zeit von 1945 bis 1949 geschrieben. Er nennt sein Buch "Menschen hinter Stacheldraht". Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß alles stimmt, was er beschreibt.

Er führt sorgsam aus, wie das Lager entstand, nämlich als Ausbildungslager der deutschen Wehrmacht auf einem Truppenübungsplatz der dänischen Armee, wie es von deutscher Seite vergrößert wurde, wie Baracken erbaut wurden, in denen dann 12.000 bis 15.000 Soldaten untergebracht werden konnten.

Anfang 1945 trafen die ersten Flüchtlingstransporte aus Ost- und Westpreußen in dänischen Häfen ein, weil anders die Menschen vor der Roten Armee nicht in Sicherheit gebracht werden konnten. Die Wehrmacht nahm sie in ihren Liegenschaften auf, so auch im Lager Oksbøl. Dann kam die Kapitulation der Wehrmacht. Dänen übernahmen das Lager und machten es zum größten Lager deutscher Flüchtlinge.

Der Autor zählt auf, welche gewaltigen Anstrengungen Dänemark machte, um jedenfalls ein Existenzminimum der Flüchtlinge zu sichern, und es kann nicht bestritten werden, daß im Vergleich etwa zu den Lagern, in die Deutsche in von den Polen besetzten Gebieten gepfercht wurden, die Verhältnisse im skandinavischen Land human waren. Hier wurde niemand zu Tode gequält, es wurden keine Frauen vergewaltigt, hier ließ man niemanden verhungern, wie es in polnischen oder tschechischen Lagern gang und gäbe war.

Natürlich war das Lagerleben nicht komfortabel. Das Lager war überfüllt, das Essen in der Anfangszeit außerordentlich knapp. Ungeziefer breitete sich in den überbelegten Baracken aus. Krankheiten grassierten. Die Menschen waren ohne Hoffnung, weil niemand ihnen sagen konnte, wann sie endlich nach Deutschland heimkehren durften. Die Siegermächte hatten die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in ihren Besatzungszonen zunächst verboten. Aber die Ostpreußen, Danziger, Westpreußen und Pommern hatten wenigstens ihr Leben gerettet.

Die Flüchtlinge hatte ihre eigene Selbstverwaltung mit Bürgermeister, Lagerpolizei, Schulen, einem kleinen Theater, einer von deutschen Emigranten gestalteten, der Umerziehung dienenden Zeitung. Es muß anerkannt werden, daß das Vier-Millionen-Volk der Dänen sich bemüht hat, nicht nur die 35.000 Flüchtlinge im Lager Oksbøl, sondern alle insgesamt 250.000 Flüchtlinge auf dänischem Boden so lange unter einigermaßen humanen Bedingungen über die Zeit zu bringen, bis sie in ihr Vaterland zurückkehren konnten. Und dennoch bleibt bei der Lektüre auch dieses Buches ein merkwürdiges Gefühl zurück.

Es bleibt der Eindruck, daß es von seiten der Dänen kein Verständnis gab für das Schicksal jener vor den Greueln der bolschewistischen Armee geflohenen Frauen, alten Männer und Kinder. Sie sahen in ihnen weniger die dem Tod oder der Verschleppung entkommenen leidenden Mitmenschen, sondern sie blieben in den Augen der Dänen Feinde.

Die Autor spricht an zwei Stellen von "unschuldig vertriebenen Menschen", und das ist viel angesichts der offiziellen Ansicht der deutschen Bundesregierung, die kaum verdeckt die Meinung vertritt, die Vertriebenen hätten selbst schuld an ihrem Schicksal. Aber man ist traurig, wenn dann der Autor die Bemühungen der Dänen, den Flüchtlingen das Überleben zu sichern, als "undankbare Arbeit" bezeichnet. Wurde für diese Arbeit nicht vielfältig gedankt, trug sie nicht ihren Wert und ihren Dank in sich, wenn durch die dänischen Bemühungen 250.000 Zivilisten das Überleben ermöglicht wurde?

Warum geht der Verfasser nicht ein auf die Tatsache, die jedem Besucher des Flüchtlingsfriedhofes Oksbøl sofort ins Auge springt, daß die Anzahl der dort begrabenen Säuglinge und Kleinkinder unverhältnismäßig hoch ist?

An einer Stelle klingt es im Buche an, daß Ipsen sehr wohl weiß von der in den letzten Jahren aufgebrochenen Diskussion über das Verhalten amtlicher dänischer Stellen, die dänischen Ärzten und Krankenhäusern verboten hatten, deutschen Flüchtlingen medizinische Hilfe zu leisten, um so zu beweisen, daß Dänemark den Deutschen Widerstand geleistet hat? Den unmenschlichen Anordnungen fielen Tausende von kleinen Kindern zum Opfer, die ohne weiteres hätten gerettet werden können. Der Verfasser schweigt - auch eine Art der Vergangenheitsbewältigung.

Kann man, wie es der Autor tut, die Anlandung von Flüchtlingen, die er als "Überschwemmung" bezeichnet, als "Völkerrechtsbruch" bezeichnen?

Das Buch von Leif Guldmann Ipsen liefert alle sachlichen Informationen über das Lager Oksbøl. Es enthält viele Bilder. Ihm fehlt jedes Mitgefühl für die Lage jener Ostdeutschen, wie man es von einem humanistisch und christlich geprägten Menschen erwartet hätte. Trotz allem gebührt den Verantwortlichen Dank, die damals unseren Landsleuten in Dänemark das Überleben ermöglichten. ...

Leif Guldmann Ipsen: "Menschen hinter Stacheldraht - Flüchtlingslager in Oksbøl 1945-1949"
...<<

30.11.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 30. November 2002 (x887/...):
>>"Willkommen im Think Space von Speak Youth"

Die Sprache ist ein Spiegel der Nation, wenn wir in diesen Spiegel schauen, so kommt uns ein großes treffliches Bild von uns selbst entgegen", sagte Friedrich Schiller und sein kongenialer Dichterfreund Johann Wolfgang von Goethe zog den Schluß: "Die Sprache zugleich reinigen und bereichern ist das Geschäft der besten Köpfe".

250 Jahre später: Die deutsche Sprache wird verunstaltet, sie verarmt, wird durch Anglizismen zu einer Art Hilfssprache für das Englische degradiert, als Wegbereiter für einen mißverständenen American Way of Life eingespannt und kommerziellen Interessen dienstbar gemacht.

Tönt es uns doch ausgerechnet aus der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main entgegen: "Willkommen im Think Space von Speak Youth. In dieser Kommunikationsumgebung sammelt sich das Wissen der Jugend-Marketing-Initiative Speak Youth".

Wer dieser freundlichen Einladung im Internet folgt, wird schnell feststellen, daß sich nicht "die Jugend" spontan ihrem Lebensgefühl folgend dem anglizistischen "Denglisch" hingibt. Es ist vielmehr eine Allianz von Marketing- und Medien-Interessenten, Fashion- und Food-Designern, Publizisten, Soziologen, Medienkünstlern und sogenannten Zukunftsforschern, die, ihren eigenen ökonomischen Interessen dienend, die jungen Leute von heute systematisch

ihrer deutschen Muttersprache entfremdet.

"Speak Youth" stellt sich als eine Jugend-Marketing-Initiative von Axel Springer Young Mediahouse und CCID Brand Reality Dept. dar, wobei CCID für das "Center for Media, Knowledge Cultures, Imagination and Development an der J. W. Goethe-Universität Frankfurt" steht, das sich als public-private-partnership auffaßt. Eine Art Wahlspruch des Ganzen lautet: "We develop future".

Nach ihrem Selbstzeugnis sind Zentrum ihres Wirkens die wissenschaftlichen, künstlerischen und techno-kulturellen Fragen am Beginn des 21. Jahrhunderts, die massiven ökonomischen und institutionellen Veränderungen, die mit Ausdrücken wie "globale Ideenökonomie", "Wissenschaftskulturen" "global vernetzte Wissensräume" und "transkulturelle Kommunikation" verbunden sind.

Zu den Projekten in Entwicklung oder bereits in Umsetzung gehören unter anderem: Mental Tracker (ongoing), Think Space (ongoing), CCID Mediascope Award und Knowledge Monitoring. Die Abteilungen innerhalb des CCID an der Johann Wolfgang Goethe-Universität heißen: Cross Intelligence Dept., Media Cultures, Communication, Network, Media in Appliance and Reception, Knowledge Transfers und Transnational Relation, Media Esthetics.

Weil aber alles nichts wäre ohne Marketing, also Absatzpolitik, Konsum und Verkauf, wurde die Jugend-Marketing-Initiative "Speak Youth" ins Leben gerufen, denn: "In der sensiblen Jugend ist es heute eine größere Herausforderung denn je, Marken relevant zu kommunizieren. Die verdichtete Medienumgebung und ein komplexes Konsumentenverhalten fordern neues Denken. Die Vernetzung von Marke und Produkt zu relevantem Inhalt sowie die Kooperation zwischen image- und interessenkonformen Unternehmen sind Möglichkeiten, eine kommunikative Durchdringung in der Zielgruppe und dem Mindset Jugend zu erreichen".

Konsequenterweise ist "Get young minds connected" das Motto von "Speak Youth" mit dem Ziel, ein "erweitertes Verständnis bei Agenturen, Markenartiklern, Entertainment und Medien im Umgang mit der jungen Zielgruppe und dem Mindset Jugend zu entwickeln". Zielstrebig erfolgt die praktische Umsetzung der Marketing-Ideologie. Die Aktivitäten reichen von internationalen Konferenzen über den "Konspirativen Tisch" in Berlin am 23. Oktober 2002, an dem, wörtlich: "namhafte Exzellenzen aus den Bereichen Markenartikler, Agenturen, Medien und Entertainment zusammen kamen" bis hin zum Internet-Auftritt, wo die jungen Leute freundlich begrüßt und auch gleich Mitglied des "Speak Youth Networks" werden können.

Die Frage bleibt, ob sich Goethe die besten Köpfe, deren Geschäft die Reinigung und Bereicherung der Sprache sein soll, so vorgestellt hatte, wie die Professoren, Publizisten und Medizern, die heute so mit der "youth speaken". Der Feststellung jedenfalls, die sein Freund Schiller traf, nämlich, daß die Sprache ein Spiegel der Nation sei, entspricht die Universität, die Goethes Namen trägt, in diesem Fall auf geradezu makabre Weise.

Frage bleibt aber auch, wie lange in Deutschland die Mißachtung der eigenen Sprache hingenommen wird und sich die Menschen als Bürger, Steuerzahler und Kunden den gegenwärtigen Zustand gefallen lassen.<<

09.12.2002

Schweiz: Die Dipl. Psychologin Sonja van Biezen und Dr. phil. Elisabeth Nussbaumer berichten am 9. Dezember 2002 in der schweizerischen Wochenzeitung "Zeit-Fragen" über die negativen Folgen der sozialistischen, kollektiven Erziehung (x882/...): >>Die Folgen jahrzehntelanger Wertezersetzung für Familie und Bonum commune (Gemeinwohl)

In allen Kulturen der Welt sind Ehe und Familie - oft auch Großfamilie - der Ort, an dem die nachwachsende Generation geschützt heranwachsen kann und in die Kultur eingeführt wird. In der Familie aufzuwachsen bedeutet aber viel mehr: Zusammen zu erleben, daß Schwierigkeiten gemeinsam zu meistern sind und dadurch tiefgreifende Erlebnisse im menschlichen Zusammenleben zu machen.

Die Familie ist die Keimzelle einer auf Freiheit, Gerechtigkeit, Verantwortung und gegenseitiger Mitmenschlichkeit beruhenden Gesellschaft. Sie bietet dem Säugling, Kleinkind und Heranwachsenden den Ort, an dem er sich in Geborgenheit, Sicherheit und unter fürsorgender Anleitung von Vater und Mutter, gemeinsam mit den Geschwistern, Mitmensch und innerlich gefestigte Persönlichkeit werden kann. Im Schosse der Familie entwickelt das Kind seine erste Bindung zum anderen Menschen. Soziale Bindung an emotional präsente Erwachsene ist die Grundlage für eine gesunde seelische Entwicklung.

Diese erste Beziehung bedeutet für den weiteren Verlauf des Lebens die Bindung an die menschliche Gemeinschaft. Ist diese Bindung von einer grundsätzlich bejahenden Grundstimmung, von Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit geprägt, wird das Kind später als gefestigter, verlässlicher und mutiger Mitmensch im Leben stehen. Als Eltern haben Vater und Mutter die schöne und anspruchsvolle Aufgabe, ihre Kinder durch Vorbild und gleichwertige, liebevolle Gestaltung des ehelichen und familiären Zusammenlebens an ihre spätere Aufgabe als Frau und Mann und als verantwortungsbewußte Bürger heranzuführen.

Neben der Pflicht, die Familienmitglieder mit den notwendigsten Gütern zu versorgen, obliegt der Lebensgemeinschaft der Familie die vornehme Aufgabe, den Durst ihrer Mitglieder nach geistigem Austausch, nach Bildung, Geselligkeit und Gastfreundschaft, nach den vielfältigen Facetten menschlichen Zusammenlebens zu stillen.

Der Naturrechtsphilosoph Johannes Messner schreibt folgendes: "Familienkultur drückt sich äußerlich aus in den Formen des Umgangs der Familienmitglieder miteinander, in ihrer gegenseitigen Hilfsbereitschaft im täglichen Leben, in der Selbstlosigkeit ihrer Liebe zueinander, überhaupt in all dem, was man als "die Kinderstube" bezeichnet, die den Menschen unverlierbar durch das Leben begleitet."

Eine starke Stütze findet die Familienkultur in der Orientierung an den der menschlichen Natur innewohnenden ethischen Werten, die in Sitte und Brauchtum zum Ausdruck kommen. Eine gefestigte Familienkultur bildet den Kern für die Gestaltung des Zusammenlebens einer größeren Gemeinschaft, einer Gemeinde, eines Staates in Freiheit und Würde.

Als gesetzlich verankerter Grundpfeiler des gemeinschaftlichen Zusammenlebens genießen Familie und Ehe entsprechend ihrer Bedeutung besonderen Schutz. In der Familie werden die Errungenschaften unserer freien demokratischen Gesellschaft sowie ihre bewährten Traditionen an die neue Generation weitergegeben. Darüber hinaus hat der Halt in der Familie unzähligen Menschen über Jahrhunderte hinweg über schwere Schicksalsschläge sowie Entwurzelung durch Kriege und andere gesellschaftliche Mißstände hinweggeholfen.

Seit einigen Jahrzehnten sind nun die Familie und ihre Träger Angriffsziel für radikale gesellschaftliche Veränderungen geworden. Um das Ausmaß der Zersetzung der traditionellen Familie und die Auswirkung auf das Gefühlsleben von Frauen, Männern und Kindern zu verstehen, muß die Geschichte der letzten Jahrzehnte beleuchtet werden.

Krieg und seine Folgen

Durch die Zäsur der beiden Weltkriege wurden familiäre Bande für Generationen schwersten Zerreißproben ausgesetzt. Ein normales, gar ruhiges Familienleben war für unzählige Menschen während vieler Jahre unmöglich geworden. Kriegsdienst und Gefangenschaft der Männer sowie Vergewaltigung, Verschleppung oder Evakuierung von Frauen und Kindern und die Flucht vor dem Feind oder Sieger verstreute unzählige Familien über das ganze Land und über die Landesgrenzen hinaus. (Nebenbei sei bemerkt, daß diese Tatsache auch für die heute geführten Kriege gilt.)

Beim Zusammenbruch aller Orientierungsmöglichkeiten während des Krieges und nach Kriegsende blieb aber die Familie der rettende Anker und Kern der sozialen Beziehungen. Bei Kriegsende wirkte die Familie wie ein Magnet. Viele Menschen suchten nach ihren Familienangehörigen voller Erwartungen und Hoffnungen auf Geborgenheit, Liebe und ein Stück

Normalität.

Es vergingen jedoch manchmal Jahre, bis die einzelnen Familienmitglieder von einander Nachricht erhielten. 1956 kamen die letzten deutschen Soldaten aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. "Der angegriffene Gesundheitszustand der Männer wurde zu einer Belastung für die ganze Familie. Bis sie überhaupt wieder zu körperlichen Kräften kamen, mußten sie monatelang gepflegt werden." "Dauerte die Genesung sehr lange, hatten die Männer oft seelische Probleme. Die Erniedrigungen und Strapazen der Gefangenschaft, der Verlust des Selbstbewußtseins durch den verlorenen Krieg und die lange Krankheit, verbunden mit körperlicher Schwäche" hinterließen ihre seelischen Spuren.

Die Frauen hatten sich verändert. Sie waren selbständiger und aktiver geworden. Die Männer mußten erkennen, daß die Frauen einen großen Teil des Chaos der End- und Nachkriegszeit bewältigt hatten. Auch "die Kinder hatten während der Abwesenheit der Väter Verhaltensweisen erlernen müssen, die eher in Richtung Eigenständigkeit, Kooperation und Verantwortung gingen." Schöner und besser ist es immer, wenn sich das Kind am Vorbild und mit Unterstützung und Anleitung des Vaters zu einem selbstbewußten und eigenständig denkenden Mitbürger entwickeln kann.

Leider war der Familienalltag im Deutschland der Nachkriegszeit, wie ihn Sibylle Meyer und Eva Schulze in ihrem Buch "Von Liebe sprach damals keiner" schildern, sehr häufig von der Abwesenheit der Ehemänner und Väter geprägt. Alle Beteiligten litten und leiden Jahre unter den Kriegsfolgen und Trennungsproblemen.

Unser Anliegen ist es, aufzuzeigen, daß durch jeden Krieg seelische Verletzungen bei allen Beteiligten entstehen, die die Menschen über ein bis zwei Generationen hinweg in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen begleiten.

Abwertung von Männlichkeit und väterlicher Autorität

Noch vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde die Frage aufgeworfen, was mit den Deutschen geschehen sollte. In einem anthropologisch und psychologisch unhaltbaren Kurzschuß wurden die Kriegsverbrechen Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten allen deutschen Menschen angelastet. Die Deutschen seien eine Fehlentwicklung der Evolution, wurde behauptet. In gleicher rassistischer Verblendung, wie sie die Nazis gegenüber den Juden auslebten, wurde nun vertreten, alle Deutschen seien Herrenmenschen, Mörder aus Grausamkeit. Es gab in den USA den von einem Amateurhistoriker 1940 verfaßten **Kaufmann-Plan**, der die Umerziehung, später dann die Sterilisierung des deutschen Volkes verlangte, und den **Morgenthau-Plan**, der die Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten und den Abbau der gesamten Großindustrie plante.

Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen wurde der Morgenthau-Plan fallengelassen. Da der Ost-West-Konflikt bereits seine Schatten vorauswarf, überlegten sich die Alliierten rechtzeitig, daß die deutsche Industrie noch gebraucht werden würde. Also wurde auf die Taktik der Umerziehung zurückgegriffen. Noch während des Krieges begannen amerikanische Offiziere der "Abteilung für psychologische Kriegsführung" mit den Vorbereitungen zur "Umerziehung der Köpfe".

Amerikanische Sozialwissenschaftler und Psychologen übernahmen die Arbeit. "Die ganze Operation (Umerziehung der Deutschen) sollte in der Anfangsphase von Kennern der deutschen Verhältnisse kontrolliert und überwacht werden. Darunter waren schon wegen ihrer guten Kenntnis der deutschen Sprache und der Verhältnisse des Landes viele ehemalige deutsche Emigranten. Ein prominentes Beispiel ist **Herbert Marcuse**, der einstige Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung besser bekannt als Frankfurter Schule."

So bot sich für Marcuse und seine Genossen Gelegenheit, die Umerziehung der Deutschen in den Dienst der marxistischen Ideologie zu stellen: Wie die Geschichte seit Marx und Engels zeigt, wurden stets alle Gelegenheiten für den marxistischen Angriff auf Gesellschaft und

Kultur genutzt. Mit der Rückkehr der Vertreter der Frankfurter Schule nach Deutschland konnte dann die "Charakterwäsche" unter der Fahne des Antifaschismus ungehindert und noch intensiver vollzogen werden. **Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno** und ihre Schüler leisteten wirkungsvolle und nachhaltige Arbeit:

An Stelle jeglichen Zusammengehörigkeitsgefühls, jeder Selbstachtung der deutschen Menschen sollte kollektive Scham treten und Generationen überdauern. Reale Geschichte sollte nicht einfach im Sinne von Völkerrecht und Gerechtigkeit aufgearbeitet werden, sondern die kollektive Erinnerung wurde derart manipuliert, daß das deutsche Volk für sich selbst, seine Sprache, seine Kultur und Sitten nur noch Abscheu und Verachtung empfinden mußte.

Dabei gingen die "Umerzieher" von der These aus, die typisch deutsche Charakterstruktur sei autoritär und damit dem Faschismus gefährlich nahe. Der deutsche Vater herrsche autoritär. Neben seiner Frau müsse sich ihm auch das Kind bedingungslos unterwerfen. Daraus resultiere insgesamt die Aggressivität und Grausamkeit des deutschen Erwachsenen. Jedes Kind müsse die Grundwerte der deutschen Familie, nämlich Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit, verinnerlichen. Diese Sichtweise entspricht weder der Natur des Menschen noch dem deutschen Menschen. Sie ist Resultat der Gesinnung und Taktik ihrer Schöpfer Marcuse, Adorno und Horkheimer, die das Autoritäre überall suchten und auch fanden - nur nicht in ihrer eigenen totalitären freudo-marxistischen Theorie.

Die Zahl der von der Frankfurter Schule und ihren Schülern ausgebildeten oder beeinflussten Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten aller Medien, die Anzahl ihrer Veröffentlichungen und Vorträge war groß und ihr Einfluß so weitreichend, daß man, mit Gramscis Worten, von einer kulturellen Hegemonie sprechen muß. Ihre Auswirkung dauert bis heute an, denn nach dem Ende des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik begann mit der 1967 einsetzenden Studentenbewegung die weitere Verbreitung der Ideologie der Frankfurter Schule.

Diese beinhaltet eine zweite, noch nachhaltiger wirksame Welle der Umerziehung, getragen von dem "ethischen Rigorismus der 68er". Es wurde ein Gesinnungskartell geschaffen, jeder Widerstand als faschistisch oder antikommunistisch abgeurteilt. Gegen den Mann als Familienvater wurden Attacken geritten, die kulturell tradierten und bewährten Werte der Familie als Keimzelle eines demokratischen Staates der Lächerlichkeit preisgegeben und als faschistoid verunglimpft. Auf diese Weise wurde die gesunde, normale Familie verleumdet, abgewertet, zersetzt. Indem dem Kind ein Heranwachsen in der Geborgenheit einer intakten und ihrer Bedeutung bewußten Familie genommen wurde, hat man es von seinen lebenswichtigen Bindungen und von seinen geschichtlichen Wurzeln abgeschnitten.

So wurde das Ziel der Umwertung aller Werte in weiten Bevölkerungskreisen erreicht. Die Familie, bestehend aus Mutter, Vater, Großeltern und Kindern war der Auflösung preisgegeben. Eine neue Form von Familie wurde geschaffen: Eine Art Kommune mit Kindern, in welcher jeder seiner Selbstverwirklichung nachgeht. Die Familie mit berufstätiger Mutter wurde zur weit verbreiteten Lebensform. Der auf der marxistischen Theorie begründete Radikalfeminismus hatte den Frauen aller Gesellschaftsschichten und aus allen Teilen der Welt den Irrtum eingeflößt, als Ehefrau und Mutter dem Manne gegenüber benachteiligt zu sein. Dieser vermeintlichen Ausbeutung meinte die in solcher Weise irregeführte Frau durch Selbstverwirklichung in einer beruflichen Karriere begegnen zu müssen.

Der radikalfeministische Kampf gegen den Mann

Wenn wir den Radikalfeminismus und seine Auswirkungen auf das Seelenleben von Frau und Mann diskutieren, meinen wir selbstverständlich nicht die bürgerliche Frauenbewegung und ihre berechtigten Ziele. Sie setzte sich zu Recht für frauenspezifische Anliegen wie echte Gleichwertigkeit von Frau und Mann, Ausbau des Arbeiterinnen- und Mutterschutzes, die Besserstellung der unehelichen Kinder, gleiche Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten, das

kirchliche und politische Frauenstimmrecht usw. ein.

Die erwähnten Forderungen und die Anliegen der Frauenbewegung sind aus der geschichtlichen und gesellschaftlichen Situation Anfang des 20. Jahrhunderts heraus entstanden, waren berechtigt und erforderten eine Lösung. Zahlreiche Errungenschaften, die sich auf das Zusammenleben von Mann und Frau positiv ausgewirkt haben, sind dem Einsatz und dem Engagement vieler Frauen und Männer jener Zeit zu verdanken. Ziel war damals nicht der Kampf gegen den Mann.

Erst in den letzten Jahrzehnten floß eine neue, in ihrem Grundgehalt andere Auffassung der Frauenrolle ein: Die Frau soll im Machtkampf gegen den Mann die Oberhand gewinnen und behalten. Anstatt den Frauen in ihrem Anliegen zu helfen, sich gefühlsmäßig mit dem Mann gleichwertig zu fühlen und zu einem harmonischen Zusammenleben von Mann und Frau beizutragen, instrumentalisieren die Radikalfeministinnen die unterschiedlichsten Gefühle, die Frauen Männern gegenüber haben können, für ihren Kampf. Den Frauen wurde eingeredet, daß die Gleichwertigkeit der Geschlechter nur zu erreichen sei, indem sich die Frau gegen den Mann stellt. Der Mann wurde zum Feind erklärt. So sieht man heute Frauen, die sich ausgesprochen stark vom traditionellen Frauenbild distanzieren und im Kampf gegen den Mann leben.

Eine andere Form der Abgrenzung vom männlichen Geschlecht zeigt sich in einer überbetonten Weiblichkeit, die oft mit einer bewußt gewählten Lebensform ohne Mann einhergeht. Das "Coming out" lesbischer Frauen wird propagiert, und Forderungen nach der Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe sind Ausdruck davon und kamen bereits in einigen Ländern der Welt zur Verwirklichung. Diese vermeintliche Befreiung der Frau ist die Hauptstoßrichtung für eine radikale Veränderung des Verhältnisses der Geschlechter geworden. Die Radikalfeministinnen gehen aber noch weiter. Dazu schreibt Maria Mies:

"Jede Person ist früher oder später gezwungen, Partei zu ergreifen. Und Partei ergreifen heißt, daß etwas in uns selbst zerrissen wird, daß das, was wir für unsere Identität hielten, sich zersetzt und neu geschaffen werden muß. Dies ist ein schmerzhafter Prozeß. Die meisten Männer und Frauen versuchen, ihn zu vermeiden, weil sie Angst haben, daß die letzte Insel des Friedens und der Harmonie in der kalten, brutalen Welt des Geldes, der Machtspiele und der Habgier zerstört wird."

Wie recht sie hatte mit ihrer menschenverachtenden Äußerung!

Wenn wir die psychischen und physischen Folgen des Zweiten Weltkriegs auf die Hinterbliebenen und deren Söhne und Töchter in Betracht ziehen, ist es offensichtlich, daß der Kampf der Radikalfeministinnen gegen den Mann eine weitere seelische Verunsicherung von Frauen und Männern zur Folge hat. Zum Verlust von Identität und Selbstwertgefühl kommt die eigenaktive Ablehnung der traditionellen Mutter- und Vaterrolle durch Frau und Mann hinzu. Um den ideologisch motivierten gesellschaftlichen Veränderungen zu entsprechen, konnten sie sich mit ihrer Aufgabe als Vater und Mutter nicht mehr identifizieren und sie auch nicht mehr ausfüllen.

Folgen für die Familie und das Gemeinwohl

Die ständige negative Bewertung der Frauen- und Mutterrolle bewirkt eine starke Verunsicherung vieler Frauen bezüglich des Stellenwerts von Partnerschaft und Kindererziehung. Die gefühlsmäßige Verunsicherung kann dazu führen, daß eine Mutter sich ihren Kindern nicht mehr wirklich zuwenden kann. Sie beginnt sich innerlich von ihrer Aufgabe zu distanzieren. Aus dieser inneren Abkehr von der Frauen- und Mutterrolle resultiert eine folgenschwere Störung des familiären Klimas. Dem Kind wird eine echte Sicherheit und das volle Engagement seiner Mutter fehlen.

Die marxistische Gleichsetzung von väterlicher Autorität und männlicher Verantwortung mit autoritärer Machtausübung über Frau und Kind hinterläßt tiefe Spuren der Verunsicherung

und Desorientierung. Durch die zusätzlichen radikalfeministischen Attacken wird der Mann von der Wahrnehmung seiner Erziehungsaufgabe abgedrängt.

Solch jahrelange Verunglimpfung väterlicher Autorität und ein häufig erbarmungsloses Engespanntsein ins Berufsleben treibt viele Familienväter in die innere Emigration. Der Mann entzieht sich seiner Aufgabe als Ehemann und Vater. Sein Gefühlsleben und seine Energie werden einerseits vom harten Überlebenskampf in der globalisierten Wirtschaftswelt in Anspruch genommen, andererseits wird er aus ideologischen Gründen in der Entfaltung seines männlichen Wesens zurückgebunden.

Was fehlt, wenn der Mann seinen Platz als Familienoberhaupt und Vater nicht ausfüllt? Es ist nicht die sogenannte starke Hand, sondern die Erfahrung der männlichen Fähigkeit und das Bedürfnis des Mannes, andere zu beschützen, Sicherheit und Orientierung zu geben. Zweifellos spielt auch die größere physische Kraft für die Persönlichkeitsbildung des Knaben eine wichtige Rolle. Der Vater mit seiner Fähigkeit, körperlich anspruchsvollere Aufgaben zum Wohl der Familie und der Mitmenschen zu lösen, ist für den heranwachsenden Jungen wichtiges Vorbild. "Das Fehlen des Vaters ist also durch den Ausfall einer Identifizierungsmöglichkeit oft schwerwiegend, weil dadurch ein wesentliches Stück Lebenswirklichkeit nicht gelernt wird, nämlich die Realität Mann. An dieser Realität orientiert sich normalerweise das Mädchen durch seine weibliche Unterschiedenheit, der Junge durch seine Gleichheit."

Zusammenfassung

Die traditionelle Familie mit den Vorzügen, wie sie eingangs beschrieben wurden, ist durch den freudo-marxistischen Angriff auf unsere bewährten kulturellen Werte einem gefährlichen Zersetzungsprozeß ausgesetzt. Glücklicherweise gibt es immer noch viele Familien, die sich ihre Familienkultur nicht nehmen lassen wollen. Allerdings haben es diese nicht so leicht, in einem vom Zeitgeist durchtränkten Umfeld standzuhalten und ihren Kindern eine gesunde Lebensorientierung auf den Weg mitzugeben.

Gerade in diesem von freudo-marxistischer und radikalfeministischer Ideologie durchtränkten Klima wachsen viele Kinder in einem emotionalen Vakuum auf. Die dadurch entstehende Leere wird von den Medien ausgefüllt. Die überlebenswichtige Bindung des Kindes an seine Bezugspersonen wird unterbunden. An Stelle menschlicher Bindung tritt Elektronik: Das Kind wird mittels Television und Video in eine künstliche, unwirkliche Welt eingeführt, zu der die Eltern nur schwer Zugang haben.

Gleichzeitig fühlen sich Frauen und Männer im Sog der Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung gezwungen, sich in den außerhäuslichen Arbeitsprozeß einbinden zu lassen. Als Folge davon kommen zu den neuen elektronischen "Erziehern" staatlich finanzierte Tagesstätten für Kinder hinzu. Unter dem Deckmantel sogenannt staatlicher Familienförderungsprogramme wird das Kind dem Einfluß der Eltern noch weiter entzogen. Die Folgen einer solchen Kollektiverziehung sind zur Genüge aus den Erfahrungen der sozialistischen Länder bekannt. Es stellt sich die Frage, ob wir wider besseren Wissens unseren Nachkommen die schwerwiegenden negativen Folgen kollektivistischer Erziehung auch noch antun müssen.

Martin Massow schreibt in seinem lesenswerten Buch "Nach dem Feminismus": "Die Kollektiverziehung gleichaltriger Säuglinge und Kleinkinder führte aber auch in der DDR bald zu dem in der Kinderheilkunde seit hundert Jahren bekannten Ergebnis, daß Säuglinge und Kleinstkinder in der Massenpflege nur mit erheblichem Risiko aufgezogen werden können. Diese Fehlentwicklungen zeigen auch im 'goldenen Westen' vernachlässigte Kinder, die durch die Elternemanzipation aus dem Familienverband entlassen wurden. Die wachsenden Zahlen von Halbwaisen und Scheidungskindern, die sich selbst überlassen sind, kommen nicht von ungefähr, denn die Zerschlagung der Familienstrukturen ist feministisches Programm. (...) Die Leidtragenden sind die entelerten Nachkommen.

Die Konsequenzen aus einer vernachlässigten Kindheit bekämen laut Prof. K. Hurrelmann,

Universität Bielefeld, nicht nur die Kinder, sondern die ganze Gesellschaft zu spüren. (...) Da immer mehr Mütter berufstätig seien und es kaum Alternativen gäbe, sei oft das Recht der Kinder auf angemessene Betreuung nicht gewährleistet. Besorgniserregend sei die Zunahme psychosomatischer Leiden bei den Zwölf- bis Siebzehnjährigen."

Die Kinder werden heimatlos, bindungslos. Anstatt ihre menschlichen Fähigkeiten entfalten und für Familie und Gemeinwohl einsetzen zu können, werden sie indifferente Konsumenten oder schlimmer: instrumentalisierbare Manipuliermasse für die Machtinteressen der Wirtschaft oder willfährige Soldaten, die jeden Krieg mitmachen.

Wer diese Tatsachen kennt, wird alles daran setzen, unsere Nachkommen und ihre Familien vor der Zersetzung der Familie zu schützen, weil jeder Mensch die Erfahrung einer gesunden Familie für eine geglückte Entwicklung braucht. Es scheint nicht einfach zu sein, aus der Geschichte zu lernen. Versuchen wir es. Unsere Nachkommen werden es uns danken.<<